

Pressemitteilung

Kostenbelastung bei Litter-Reinigung ohne Maß

AGVU fordert Belastungsgrenze für Wirtschaft und Haushalte bei geplantem Einwegkunststofffonds

Berlin, 07.02.2023

Verschmutzte Parks und Straßen sind ein Ärgernis, doch wird die alleinige Überwälzung der Reinigungskosten auf die Hersteller vieler Kunststoffverpackungen daran zunächst nichts ändern. Aktuell wird eine 2019 verabschiedete EU-Vorschrift in deutsches Recht umgesetzt: Das Bundesumweltministerium plant einen „Einwegkunststofffonds“, in den die Hersteller der betroffenen Produkte wie z.B. Folienverpackungen und Getränkebecher einzahlen, und aus dem die mit der Reinigung beauftragten kommunalen Unternehmen Auszahlungen erhalten.

Die AGVU sieht deutlichen Nachbesserungsbedarf bei dem nun im Bundestag diskutierten Gesetzesentwurf: „Die geplanten Regeln bedeuten eine Zusatzbelastung für die betroffenen Hersteller von jährlich insgesamt 434 Mio. €. Sie übertreffen die jeweils schon gezahlten Verpackungs-Lizenzgebühren teilweise um das Doppelte und sind zusätzlich zu entrichten. Damit hat die Kostenüberwälzung an die Wirtschaft jedes Maß verloren und muss unweigerlich an die Privathaushalte weitergegeben werden“, erklärt der AGVU-Vorsitzende Dr. Carl Dominik Klepper. Die Berechnungen, die zu den hohen Zahlen führen, beruhen z.T. auf Schätzungen und kleinen Stichproben. „Die Reinigung des öffentlichen Raumes kann nur durch einen Ansatz mit mehr Augenmaß sozialverträglich sein. Dazu gehört auch eine Verpflichtung der Kommunen, die zusätzlichen Mittel in die öffentliche Müllsammlung zu investieren und die Müllgebühren zu senken.“ betont Carl Dominik Klepper.

Der Fonds soll durch das Umweltbundesamt betrieben werden, statt, wie vielfach gefordert, durch die privatrechtlich organisierte Zentrale Stelle Verpackungsregister (ZSVR). Die AGVU sieht darin eine verpasste Chance: „Schließlich prüft die ZSVR bereits die reguläre Sammlung und Entsorgung von Verpackungen. Den Einwegkunststofffonds hier anzusiedeln wäre kosteneffizient und könnte Bürokratie minimieren – beim Umweltbundesamt ist hingegen ein kostspieliger Aufbau von Expertise nötig.“

Das Positionspapier der AGVU finden Sie [hier](#). Am morgigen Mittwoch findet im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages eine öffentliche Anhörung zum Entwurf des Einwegkunststofffondsgesetzes statt.

Die AGVU engagiert sich seit 1986 für die Produktverantwortung bei Verpackungen und setzt sich für eine umweltgerechte und ressourcenschonende Nutzung und Verwertung ein. Der Verband repräsentiert die gesamte Wertschöpfungskette: von der Verpackungsindustrie über die Konsumgüterwirtschaft und den Handel bis hin zu den dualen Systemen, Entsorgern und Verwertern.

Kontakt:

Anna Kupferschmitt,

Leiterin Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Arbeitsgemeinschaft Verpackung und Umwelt e. V.,

Reinhardtstr. 25, 10117 Berlin, Tel.: + 49 30 206 42 667, E-Mail: kupferschmitt@agvu.de